

## NACHRICHTEN

### REGIONALBAHN

#### Mann greift Polizisten an

**Friedrichshafen** – Körperverletzung in einer Regionalbahn zwischen Friedrichshafen und Ravensburg: Wie die Polizei berichtet, kam es am Sonntagmittag auf Höhe des Haltepunkts Löwental im Zug zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Männern. Der Zug wurde am Haltepunkt Friedrichshafen-Flughafen zum Stehen gebracht, heißt es dazu in einem Presstext. Kurz darauf trafen die Beamten der Bundes- und Landespolizei ein. Zu diesem Zeitpunkt sei bereits einer der beiden Täter geflüchtet. Der andere Mann wurde aufgefordert, sich auszuweisen. Daraufhin griff der Mann die Polizisten an und leistete ununterbrochen Widerstand, berichtet die Polizei. Die Beamten wurden nicht verletzt. Die Bundespolizei leitete ein Strafverfahren ein. Wegen des Einsatzes wurde die Strecke für rund 15 Minuten gesperrt, das führte zu einer Gesamtverspätungszeit mehrerer Züge von 84 Minuten.

### BUNDESSTRASSE 31-NEU

#### 18 Raser gehen Polizei ins Netz

**Friedrichshafen** – Ernüchternd ist laut einer Mitteilung der Polizei die Bilanz einer Geschwindigkeitskontrolle am Montagvormittag auf der B 31-neu. Insgesamt gingen im Zeitraum von zwei Stunden 18 Raser ins Netz, die die Geschwindigkeit bei erlaubten 80 Kilometern pro Stunde deutlich überschritten und nun mit einem Bußgeld rechnen müssen, heißt es in einem Presstext. Spitzenreiterin war demnach eine 37-Jährige, die von den Beamten mit 145 Kilometern pro Stunde gemessen wurde. Als die Polizisten die Frau stoppten, befand sie sich inmitten einer Videokonferenz mit ihrem Mobiltelefon. Diese hatte sie mutmaßlich vom Verkehrsgeschehen abgelenkt. Neben einem Bußgeld muss die 37-Jährige nun auch mit einem zweimonatigen Fahrverbot und Punkten in Flensburg rechnen.

### UNFALL

#### Autofahrer übersehen Stauende

**Friedrichshafen** – Wegen eines Motorschadens ist am Montag gegen 9.30 Uhr ein Auto auf der Bundesstraße 31 kurz vor der Abfahrt Friedrichshafen-Ost liegen geblieben. Durch das Pannenfahrzeug bildete sich ein Rückstau, informiert die Polizei in einem Presstext. Eine 27-jährige Dacia-Fahrerin erkannte demnach die Situation zu spät und fuhr einem Kleinbus am Stauende auf. Ein 59-jähriger Hyundai-Fahrer erkannte ebenfalls zu spät, dass die 27-Jährige bremste und fuhr dem Dacia auf. An den Fahrzeugen entstand ein Schaden von rund 7000 Euro.

### STADT

#### Corona-Fall in Kinderhaus Wiggenhausen

**Friedrichshafen** – Im Kinderhaus Wiggenhausen hat es in der vergangenen Woche einen positiven Corona-Fall gegeben. Darüber informiert die Stadt in ihrem Wochenrückblick. Demnach wurde ein Kind positiv auf das Virus getestet. Die als Erstkontakte betroffenen Kinder und Fachkräfte befinden sich nach Angaben der Verwaltung nun in Quarantäne.

# Stadt muss neue Kredite aufnehmen

- Große Ratsmehrheit beschließt Doppelhaushalt
- Geplante Projekte bleiben in Warteschleife



VON KATY CUKO  
katy.cuko@suedkurier.de

**Friedrichshafen** – Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat am Montagabend den städtischen Doppelhaushalt 2021/22 beschlossen. Keine Dividende von ZF, Projekte in der Warteschleife und deutlich weniger Geld: Um das Programm zu stemmen, muss die Stadt neue Kredite aufnehmen.

Corona: An diesem Wort kam keine Fraktionschefin, kein Fraktionschef vorbei, der oder die eine Haushaltsrede hielt. Wegen der Pandemie sind die fetten Jahre erst einmal vorbei. So lassen sich die Eckdaten dieses Budgetplans bis Ende 2022 jedenfalls lesen, auch wenn die aktuelle Gewerbesteuer-Prognose deutlich besser ist, als noch im Januar. Mit 41 Millionen Euro rechnet das Rathaus nun in diesem Jahr, mit 37 Millionen Euro im nächsten. Damit fehlen trotzdem einige Millionen an Gewerbesteuer, nimmt man die durchschnittliche Summe von 50 Millionen Euro jährlich in der vergangenen Dekade.

Einen Teil davon will das Rathaus durch Einsparungen in der Verwaltung und beim Personal sowie durch höhere Gebühren kompensieren. Um vor allem die Investitionen zu finanzieren, kommt die Stadt nicht umhin, neue Schulden zu machen. Neue Kredite sind eingeplant, sodass die Stadt Ende 2022 wohl mit mehr als 60 Millionen Euro in der Kreide steht. Denn gleichzeitig haben die Fraktionen diesem Doppelhaushalt ihren Stempel aufgedrückt. Einige Projekte, die das Rathaus auf die lange Bank schieben wollte, werden doch finanziert – wenn auch oft nur erste Planungsmittel dafür. Mehr als 100 Anträge hatten CDU und Grüne, SPD und FDP, Freie Wähler und Netzwerk gestellt und damit ihren Willen bekundet, das Rad in der Stadt trotz Geldnot weiter zu drehen.



Trotz pandemiebedingten Spardiktats sind im städtischen Doppelhaushalt Millionen Euro für Radverkehr vorgesehen. Im Bild ein fertiger Abschnitt des Friedrichshafener Velorings. BILDER: SANDOR KIPAR/ARCHIV

Insofern verhalte der Ruf von Oberbürgermeister Andreas Brand ein Stück weit, der noch im Januar mahnte, es sei „striktes Haushalten“ angesagt. Dafür Schulden bis an die Schmerzgrenze zu machen, erschien der Ratsmehrheit als vertretbar. Bis auf drei Anträge wurden am Montag alle gesammelt beschlossen. Gemeinde- und Ortschaftsräte hatten sich bereits vor der Sitzung am Montag in Beratungen der Ausschüsse darauf verständigt, was zusätzlich im Doppelhaushalt aufgenommen wird. In Summe sind das Mehrausgaben von 12 Millionen Euro bis Ende 2022.

So stehen Gelder unter anderem für die Albert-Merglen-Schule, die Rotachhalle in Ailingen, für das Kulturhaus Caserne oder die Begrünung des Adenauerplatzes im Finanzplan. Für die Entwicklung des Zollhaus-Areals sind Mittel eingestellt, für die Erschließung des Baugebiets im Lachenacker in Kluftern ebenso. Nach der kompletten

Öffnung der B 31-neu soll die Neugestaltung von Albrecht- und Maybachstraße angeschoben werden, und es gibt Millionen für den Radverkehr. Ein „anspruchsvolles Programm“, kommentierte OB Brand mit Blick auf die „Leistung“ der Verwaltung. Um das abzuwickeln, müsse der Rat Prioritäten setzen und klar sagen, in welcher Reihenfolge Projekte vorangetrieben werden sollen. Im Stiftungshaushalt muss die Stadt Ausgaben von rund 85 Millionen pro Jahr komplett aus der Rücklage nehmen, da es von ZF dieses Mal keine Dividende gibt. Damit dürfte etwa die Hälfte des Gesparten aufgebraucht sein, wenn 2021 zu Ende geht. Noch ein „Null-Jahr“ der ZF, und das Sparschwein der Zeppelin-Stiftung ist leer.

Für die Häfler hat dieser Spar-Haushalt Auswirkungen. Bereits beschlossen wurden am Montag die Erhöhung von Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer und Vergnügungssteuer ab 2022. Auch

die Rathaus-Gebühren sollen steigen. Der Gemeinderat gab mehrheitlich auch seine Zustimmung, dass Bestatungs- und Parkgebühren neu kalkuliert werden, die Bädergebühren auf den Prüfstand kommen und wohl erhöht werden. Für eine „Anpassung“ der Gebühren für Kitas und Schulesen gab es keine Mehrheit, wenn auch nur knapp. Dafür sollen die Freiwilligenleistungen der Stadt in Kitas von derzeit 2,4 Millionen Euro „auf vertretbare Einsparungen“ überprüft werden. Vom Tisch ist derzeit auch die Kürzung der Vereinszuschüsse: dieses Jahr soll es rund 400 000 Euro weniger geben.

Auch wenn der Doppelhaushalt unterm Strich ausgeglichen ist: Viel Luft für Unvorhergesehenes bleibt nicht. Dafür Risiken, die nicht eingepreist sind, wie etwa die Sanierung oder der Neubau der ZF-Arena oder zusätzliches Geld für den Flughafen, der im Insolvenzverfahren steckt.

## So bewerten die Fraktionschefs das Zahlenwerk

Mit dem Haushaltsbeschluss am Montagabend zeigte die Mehrheit des Gemeinderates überwiegend Einigkeit darin, wie die Stadt Friedrichshafen trotz knapper Kassen bis Ende 2022 wirtschaften soll.

➤ **CDU** will „Weitsicht und Verlässlichkeit“ beweisen: Verwöhnt von den guten vergangenen Jahren, sieht CDU-Fraktionschef Achim Brotzer das Land in der Wirtschaftskrise und auch Friedrichshafen nicht nur wegen der Corona-Krise „mitten im Wandel“. Das setze den Haushalt unter Druck, sogar so stark, dass der Stiftungshaushalt in diesem Jahr ohne ZF-Dividende auskommen muss. Dass das geht, sei dem Oberbürgermeister und der weitsichtigen Entscheidung des Gemeinderats zu verdanken, das Vermögen der Stiftung breiter zu streuen – und der ZF 18 Prozent vom Gewinn abzuknöpfen. Das Geld der „fetten“ ZF-Jahre von 2017 bis 2019 füllt nun die Stiftungsrücklage mit rund 168 Millionen Euro, die so den nötigen Puffer bietet, um Ausgaben von 85 Millionen Euro zu schultern. Im städtischen Haushalt sieht die CDU eher kritisch, dass neue Schulen von über 80 Millionen Euro gemacht werden sollen. Schließlich habe der Gemeinderat 2013 eine Schuldenobergrenze ab 2017 von maximal 50 Millionen Euro beschlossen. „Einen Schuldenballon aufzublähen, das wird es mit der CDU-Fraktion auch in Zukunft grundsätzlich nicht geben.“ Diesmal gingen die Christdemokraten mit, weil der Haushalt trotz Verschuldung genehmigungsfähig sei.

➤ **Grüne** wollen Zukunft gestalten: Mit einem Zitat des ZF-Vorstandsvorsitzenden Wolf-Henning Scheider beugann die Fraktionschefin der Grünen, Anna Hochmuth, ihre Haushaltsrede:



Achim Brotzer



Anna Hochmuth



Wolfgang Sigg



Jürgen Holeska



Gaby Lamparsky



Dagmar Hoehne

„Wir haben an allem gespart, außer an der Zukunft.“ Die Grünen fragten sich allerdings, ob das auch auf den Doppelhaushalt zutreffe. Denn das Wort ISEK und damit das unter großer Bürgerbeteiligung gefasste Stadtentwicklungskonzept tauche kein einziges Mal im Haushaltsplan auf – ein „Schlag ins Gesicht“ der am Prozess beteiligten Bürger. Dabei wollten die Häfler sehen, dass die 500 000 Euro, die dafür in die Hand genommen wurden, „Wirkung entfalten“, so Hochmuth. Deshalb stelle die Fraktion ihr Handeln unter das ISEK-Motto „Wir gestalten Zukunft“. Die Grünen wollten in der Krise gestalten, Leitmotiv sei dabei das Gemeinwohl. „Wir machen Dinge nicht, weil wir sparen müssen“, erklärte Anna Hochmuth. Die Verschiebung solcher Projekte wie Veloring oder Uferpark seien keine Vertrauen schaffende Politik, wenn auf der anderen Seite Geld ausgegeben wird, das nicht dem Gemeinwohl diene, wie für den Flughafen. Das Schutzschirmverfahren werde man „kritisch begleiten.“

➤ **SPD** will Projekte trotz Geldnot vorantreiben: Auch die SPD-Fraktion beruft sich auf das Stadtentwicklungskonzept ISEK und will wichtige Themen nicht aufs Abstellgleis schieben. Zwar sei der finanzielle Spielraum eingeschränkt, sagte Frak-

tionschef Wolfgang Sigg. Aber seine Fraktion möchte Planungen und Projekte so weit vorbereiten, dass die Stadt nach der Krise mit wieder mehr Geld in der Kasse durchstarten könne. Dazu zählen SPD und Fraktionskollege Sander Frank (Die Linke) den Hinteren Hafen, das Bundesbahn-Gelände, Uferpark und Museumskonzept, die Umgestaltung der Friedrichstraße und den Bau des Karl-Olga-Hauses mitsamt Kindergarten. Die Fraktion stehe außerdem hinter dem Klinikum, dessen finanzielle Schieflage zu beseitigen ist. Hierfür könnten Stiftungsgelder „nicht besser verwendet werden“, befand Sigg.

➤ **Netzwerk** will Augenmaß, aber keinen Stillstand: „Nicht in der Krisenbewältigung stehen bleiben“, mahnte Jürgen Holeska, Fraktionschef des Netzwerks für Friedrichshafen. Auch wenn die Finanzen Grenzen setzen. Eine Verschuldung von über 60 Millionen Euro und eine Liquidität auf dem Minimum seien wohl Kennzeichen einer „neuen Normalität“. Trotzdem könne bei Investitionen von 180 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren „von Stillstand keine Rede sein“. Seine Fraktion wolle mit Anträgen wie zur Entwicklung des Zoll-Areals „wichtige Signale für die Zukunft“ setzen. Fakt sei aber auch, dass Risiken

nicht eingepreist seien – von ZF-Arena über „Caserne“ bis hin zum Flughafen. Einer nochmaligen Finanzspritze erteilte Jürgen Holeska für seine Fraktion eine Absage.

➤ **Freie Wähler** sehen „ungewohnte Herausforderungen“: Dass auch in Friedrichshafen die Wünsche nicht mehr in den Himmel und die Schulden in astronomische Höhen wachsen können, sei für die „verwöhnten“ Häfler eine neue und ungewohnte Herausforderung, sagte Dagmar Hoehne für ihre Fraktion. Bisher sei es nicht „unsere Stärke“ gewesen, sich in Bescheidenheit zu üben und genau zu überlegen, wo man Prioritäten setzt. Die Freien Wähler wollen daher Schwerpunkte setzen, die dafür sorgen, dass „das brachliegende soziale und kulturelle Leben Impulse“ bekommt.

➤ **FDP** will nicht mehr als 80 Millionen Euro Schulden zulassen: Die Stadt muss finanziell etwas kürzer treten, doch ein „strikter Sparhaushalt“ sei der Haushaltsplan nicht, sagte Gaby Lamparsky. Um Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werde man nicht herum kommen. Ihre Fraktion werde sich den Vorschlägen der Verwaltung nicht verweigern, wenn es etwa um höhere Gebühren geht. Grund- und Gewerbesteuern wolle die FDP aber auf jeden Fall stabil halten.